



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/83/

16. Juli 1948

Die Westdeutsche Satzung

Von Innenminister Dr. Menzel, stellv. Ministerpräsident

Die Auseinandersetzungen über den Inhalt der Koblenzer Gegenvorschläge mögen zum Teil sehr lebhaft gewesen sein, aber sie konnten zu keinem anderen Ergebnis führen als es jetzt geschehen ist, denn der Weg war zwangsläufig vorgeschrieben durch das Wichtigste dieser drei Dokumente über das künftige Besatzungsstatut.

Dieses nicht durch eine Vereinbarung zwischen Sieger und Besiegten, sondern in seinem Inhalt allein durch die alliierten Mächte zu bestimmende Statut legt im wesentlichen den Rahmen fest, innerhalb dessen die deutsche Verwaltung und damit die innerdeutsche "Souveränität" wirksam werden kann. Die deutsche Zuständigkeit beginnt dort, wo die der Besatzungsmächte aufhört. Wenn die Londoner Beschlüsse nach dem Frankfurter Dokument Nr. 2 die Schaffung einer westdeutschen Verfassung vorsahen, so mußte das nicht nur aufgrund der derzeitigen Situation Bedenken auslösen, sondern auch staatsrechtlich daran scheitern, daß eine echte Verfassung nur da möglich ist, wo eine Souveränität besteht. Alles, was heute verfassungsmäßig geschieht, kann nur etwas Vorläufiges, den politischen Veränderungen entsprechend etwas Schwankendes sein, aber, solange die Besatzungsmächte die Souveränität ausüben, nicht den Anspruch erheben, eine echte, vor gewissen "Ewigkeitswerten" erfüllte Verfassung zu sein.

Dem Besatzungsstatut soll daher ein innerdeutsches Organisationsstatut gegenüber gestellt werden, das man richtiger und seiner Zweckbestimmung entsprechend besser als westdeutsche Satzung bezeichnen sollte.

Diese Satzung wird zunächst nicht nur ihren Geltungsbereich festzulegen haben: hier die drei westlichen Zonen, man wird um der deutschen Einheit willen in sie ausdrücklich aufnehmen, daß Berlin und andere deutsche Gebiete sich ihr jederzeit anschließen können, soweit in diesen Gebieten eine demokratische Willensbildung und freie Wahlen gewährleistet sind.

In Verbindung mit der nach der Kapitulation erfolgten Bildung neuer Länder und dem Frankfurter Dokument Nr. 2 über die innerdeutschen Grenzveränderungen wird die westdeutsche Satzung Bestimmungen über das Verfahren treffen müssen, die unter Beachtung des Willens jener Bevölkerungs Teile einzuhalten sind, die von etwaigen Grenzveränderungen betroffen werden. Auch der Weimarer Verfassung waren solche Bestimmungen nicht unbekannt.

In Übrigen wird die Satzung zwei entscheidende Materien regeln. Sie wird das Zustandekommen und die Arbeitsmethode der künftigen gesetzgebenden Versammlung und des von ihr zu wählenden Direktoriums, außerdem aber auch die Zuständigkeitsverteilung zwischen den dreizonalen Institutionen und den elf Ländern klären. Die deutschen Verfassungen von 1871 und von Weimar, die in den einzelnen Ländern bereits angenommen^{en} oder im Entwurf vorliegenden Verfassungen, bieten hierfür wertvoller Material. Die Wahlen zu der Versammlung, die Rechte und Pflichten ihrer Abgeordneten, die Befugnisse zur Gesetzgebung (soweit diese nach dem künftigen Satzungsstatut nicht den Siegermächten verbleibt), die Bildung eines Exekutivorgans durch die gesetzgebende Versammlung, die Abgrenzung der Befugnisse dieser beiden Organe zueinander sind die wichtigsten Probleme, die zu lösen sein werden. Dabei wird unter allen Umständen daran festzuhalten sein, daß die Mitglieder des Exekutivorgans oder Direktoriums von dem Vertrauen der gesetzgebenden Versammlung abhängig sein müssen.

Viel schwieriger und in seiner politischer Bedeutung nicht zu unterschätzen ist die Zuständigkeitsverteilung bei Gesetzgebung und Verwaltung zwischen jener Versammlung und ihrem Exekutivorgan zu den Ländern. Sie allein wird entscheiden, ob sich Deutschland in Zukunft zu einem wirklichen Bundesstaat entwickeln können, dessen wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit nicht durch eine zu starke Zersplitterung seiner Kräfte unterhöhlt wird. Die früheren Bestimmungen der Weimarer Verfassung und der in den einzelnen Zonen hierüber zurzeit geltenden Vorschriften (z.B. der V.O. 57 der brit. Mil. Reg.) werden sorgsam geprüft werden müssen, ob und inwieweit sie sich zur Übernahme eignen. Unstreitig sollte sein, daß die dreizonalen Einrichtungen und nicht die Länder auf dem Gebiete der Wirtschaft, der Ernährung, aber auch der Finanzen und Steuerverteilung das entscheidende Wort zu sprechen haben. Das gilt vor allem auch für die Lastenverteilung, wenn wir es mit unserer Forderung nach einem sozialen und gerechten Ausgleich ernst meinen; denn er ist nur möglich, wenn er großräumig gestaltet wird.

Das sind nur einige aus der Fülle der Probleme, die die westdeutsche Satzung wird lösen müssen, wobei die Frage der Ländervertretung und ihrer Befugnisse ebenfalls schwierige Probleme auftauchen läßt. Dafür wird die Satzung andererseits nichts über die Grund- und Freiheitsrechte des Menschen, nichts Dogmatisches über die sozialen Probleme unserer Zeit, nichts über die Schule und die Kirche enthalten, da sie sonst zu leicht den Charakter einer wirklichen Verfassung erheben würde. Die Erörterung von diesen Problemen wird dafür eine schnelle Beratung und Beschlussfassung ermöglichen, um so den Weg freizumachen für alsbaldige direkte Wahlen zu einem allgemeinen Parlament.

Markos will aufgeben

A.7. Zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit hat der Rebellenführer Markos an die griechische Regierung ein Angebot auf Friedensverhandlungen gerichtet. Markos hat damit selbst Aufschluß darüber gegeben, wie es um ihn steht. Ob er freilich schon so zermürbt ist, daß er bedingungslos kapituliert, wie es Athen verlangt, kann bezweifelt werden, denn die Behandlung, die bisher gefangenen Aufständischen zuteil wurde, ermutigt weder Markos noch seine Anhänger, sich auf Gnade oder Ungnade der Athener Regierung auszuliefern. Immerhin aber brechen mit Markos weitreichende und kühn gespannte Pläne Moskaus zusammen, die über den Balkan hinaus in das strategische Kraftfeld des Mittelmeeres reichten und zeitweise unheildrohende Aspekte annahm. Zusammen mit dem Fall Tito der zweite Rückschlag, den die sowjetrussische Politik auf dem Balkan erleidet.

Weniger Überrascht als alarmiert wurde die Weltöffentlichkeit, als Markos ihr im vorigen Jahr das Weihnachtsgeschenk seiner "Provisorischen demokratischen Regierung des freien Griechenland" beschaerte. Nachdem die Aufständischen im Winter einige Erfolge erzielt hatten, war dieser Schritt nach dem bewährten Muster Titos in Jugoslawien wahrscheinlich geworden. Man erkennt aber auch, daß es zumindest leichtsinnig war, diese Regierungsbildung als einen bloßen Bluff oder eine Propagandawaffe zu betrachten. Dazu waren die Folgen, die daraus entstehen konnten, zu gefährlich und weitreichend. Denn sofort erhob sich die Frage, ob die volksdemokratischen Staaten die neue Regierung anerkennen würden, was eine ernste Kriegsgefahr und die bisher stärkste Belastungsprobe für die UN mit sich bringen würde. Es braucht in diesem Zusammenhang nur darauf hingewiesen zu werden, daß z.B. Bulgarien bei einer Anerkennung der Markosregierung seine Reparationen an diesen zahlen oder durch anderweitige Leistungen abgelten konnte. Die Westmächte haben aber auch alle diplomatischen Mittel erschöpft, um die nördlichen Nachbarn Griechenlands und die Sowjetunion auf die ernststen Folgen einer Anerkennung hinzuweisen.

Die Besonderheit der Bandenkämpfe im gebirgigen Gelände bringt es mit sich, daß von einer einheitlichen Front nicht gesprochen werden kann. Die Kampfgebiete sind über ganz Griechenland zerstreut, wobei die unwegsamsten Gebiete und die Nähe der Nordgrenze bevorzugt werden. Die größten Operationen unternahm die Markostruppen in diesem Jahr in Zentralgriechenland, Attika, auf den Peloponnes, im Nordepirus und im Raum von Saloniki. Indem sie den Vorteil der inneren Linie ausnutzten und besonders mit Überraschungen arbeiteten, konnten sie trotz zahlenmäßiger Unterlegenheit gegenüber den Regierungstruppen einige, wenn auch oft nur vorübergehende Erfolge erzielen. Kleinere Einheiten drangen sogar bis 20 km nördlich von Athen vor. Die dadurch entstandene Beunruhigung der Hauptstadt wurde von ihnen entsprechend propagandistisch ausgeschlachtet. Im Nordepirus sind die Kämpfe um Konitsa besonders bekannt geworden, während im Nordosten Saloniki, das im Februar und März mehrere Male beschossen wurde, das Ziel größerer

Bandenunternehmen war. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß den Rebellen dauerhafte Erfolge versagt waren, doch kontrollierten sie zeitweise geländemäßig fast die Hälfte des Landes und schufen der Regierung erhebliche Schwierigkeiten und Verluste an Menschen und Material.

In politischer Hinsicht rechnete Markos ohne Zweifel mit einer Anerkennung seiner Regierung, wenn auch nicht gleich durch die Sowjetunion, so doch wenigstens durch die nördlichen volksdemokratischen Nachbarn. Diese ist aber bisher ausgeblieben, wahrscheinlich, weil diese Staaten, ehe sie die politisch immerhin bedeutenden Schwierigkeiten einer solchen Anerkennung auf sich nahmen, verlangten, daß Markos ein geschlossenes Gebiet mit einer oder mehreren Stützpunkten fest in seiner Hand hatte. Die Sowjetunion und die volksdemokratischen Oststaaten taten aber alles, um Markos die größtmögliche Unterstützung zu gewährleisten. Die Vertretungen bei der Regierung in Athen wurden auf untergeordnete Beamte beschränkt, und die Markosregierung wird in der Presse als die rechtmäßige Regierung behandelt. In jedem der Oststaaten gibt es Hilfskomitees für die Markosbewegung, die durch Sammlungen und wohl auch durch staatliche Unterstützung die Aufständischen mit Kleidern, Geld, Medikamenten und Waffen versehen. In dieser Hinsicht konnte sich Markos also bisher wenig beklagen. Nur, eben die offizielle Anerkennung blieb aus, für die Markos wohl sehr viel geben würde - nicht zuletzt, weil das für ihn eine größere Garantie wäre, daß man ihn nicht plötzlich fallen läßt.

In Griechenland selbst haben sich die innerpolitischen Verhältnisse seit der Bildung der Markosregierung verschärft. Die Regierung erhielt dadurch das moralische Recht, mit aller Schärfe gegen die Hochverräter vorzugehen, was sie, nach einigen Amnestien, die wenig Erfolg hatten, auch tat. Und die Markostruppen nahmen für sich das Recht in Anspruch, in den von ihnen besetzten Gebieten Gesetze zu erlassen, nach denen wieder jedes Sympathisieren mit der königlichen Regierung als Hochverrat verurteilt wird. Vor allem zwingen sie dadurch die wehrfähige Bevölkerung, in die Markosarmee einzutreten.

Am 31.5. erfolgte der erste Verhandlungsvorschlag Markos, wohl hauptsächlich aus propagandistischen Beweggründen. Er wollte unter Beweis stellen, daß es die böse Athener Regierung ist, die Griechenland nicht zur Ruhe kommen lassen will. Aus diesem Grunde rief Markos sogar die Vermittlung Englands an. Außerdem beabsichtigte er, zweifelsohne einen Druck auf seine nördlichen Nachbarn und die Sowjetunion auszuüben, ihn weiter zu unterstützen, da sich hier in letzter Zeit Stimmen bemerkbar machten, die seinen Kampf für aussichtslos halten.

Wertloses Angebot

sp, Weil die russische Besatzungsmacht - wie sie sagt - nicht imstande ist, einige Kilometer angeblicher Schaffensstellen auf der Eisenbahnstrecke Berlin-Helmstedt auszubessern, haben Amerikaner und Engländer eine wahrhaft imponierende Luftbrücke nach Berlin gebaut, die ihrem Ansehen viel verlorenes Terrain zurückerobert hat. Das ist der Rahmen des Bildes, dessen politischer Inhalt der neueste Notenwechsel zwischen den Hauptstädten der Westalliierten und Moskau ist.

Die Situation hat sich aber - absolut gesehen - gegenüber dem Stand vor dem Noteaustausch nicht verbessert, sie hat sich sogar, relativ betrachtet, verschlechtert, weil eine Chance mehr, zum Ausgleich zu kommen, ausgelassen worden ist. Der Ernst der Lage ist unverkennbar. Es hat keinen Sinn, sich durch das gegenwärtige Funktionieren der Luftverbindung mit Berlin und durch den Auftrieb, den das Leben in Westdeutschland durch die Währungsreform bekommen hat, darüber hinwegzutäuschen.

In diesem Zusammenhang nur ein Wort zu der Feststellung in der russischen Antwort, die Sowjetregierung sei bereit, genügend Lieferungen für ganz Groß-Berlin aus eigenen Mitteln zu stellen. Dieser Versicherung sollte man mit größter Skepsis begegnen. Sie hat offenbar den Sinn, den Westalliierten ein lockendes Angebot zu machen, auf diese Weise auf die außerordentlich teure und unbequeme Hilfsaktion für Berlin verzichten zu können. Es besteht aber nicht der geringste Anlaß für die Westalliierten, dieses Anerbieten ernst zu nehmen, weil sie wohl wissen, daß ein Eingehen auf einen solchen Vorschlag auch nichts anderes bedeuten würde, als eine Aufgabe Berlins.

Außerdem ist dazu zu bemerken: Die russische Besatzungsmacht ist nicht einmal in einer Zeit, in der ihr alles darauf ankommen mußte, durch besonders gute Belieferung des Ostsektors der verbündeten Kraft der westalliierten Maßnahmen eine eigene positive Leistung entgegenzustellen, imstande gewesen, die Lage der Bevölkerung im Ostsektor auch nur geringfügig zu bessern, obwohl dazu jede technische Möglichkeit gegeben wäre. Von der Berliner Bevölkerung wird das klar erkannt. Ihre Erbitterung gegen die von der SED gebilligte Politik der SMA hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Die Aufrichtigkeit von Versprechungen auf dieser Seite wird ebenso gründlich bezweifelt, wie die Fähigkeit, sie zu halten. Das ist eine ganz allgemeine und tief verwurzelte Erkenntnis, gespeist aus einer Erfahrung von drei Jahren.

(u/1/167/1/hs)

Flüchtlinge und Sozialdemokraten

sp. Die meisten der bei den letzten bayerischen Kommunalwahlen gewählten Flüchtlingsvertreter haben sich in der Zwischenzeit immer öftlicher dem Standpunkt und der praktischen Arbeit der SPD-Vertreter genähert, soweit sie nicht ohnehin selbst Sozialdemokraten sind, was in sehr vielen Fällen zutrifft. Vor allem ist für sie dabei offenbar die Überlegung maßgebend, daß sie als Einzelvertreter in den Gemeinden keine ausreichenden Möglichkeiten zu praktischer Wirksamkeit haben, ein Anschluß an eine andere größere Partei erfolgt aber nur in Ausnahmefällen.

Durch dieses Zusammengehen von Flüchtlingsvertretern und Sozialdemokraten ist erreicht worden, daß in einer ganzen Reihe von Gemeinden CSU-Vertreter zugunsten von Angehörigen dieser Kombination abtreten mußten. Bei den Flüchtlingen handelt es sich überwiegend um Sudetendeutsche. In diesem Zusammenhang ist vielleicht interessant, zu wissen, daß Wenzel Jaksch, der ehemalige Führer der sudetendeutschen Sozialdemokraten, der sich seit Jahren in London aufhält, nach Überwindung zahlreicher bürokratischer Hindernisse in allernächster Zeit nach Deutschland zurückkehren wird.

(b/1/167/hs)

Erhöhte Einwanderungsquote nach USA

sp. Präsident Truman hat kürzlich ein Gesetz über erleichterte Einwanderung von Displaced Persons unterschrieben. Dieses Gesetz hat einen Anhang, dessen Inhalt erst jetzt bekannt wird, und der dazu bestimmt ist, die normale Quote für Einwanderer aus Deutschland und Österreich wieder herzustellen und den vertriebenen Deutschen aus den osteuropäischen Ländern die Hälfte dieser Einwanderungsvisen zu reservieren. Für die Zeit vom 30. Juni 1948 bis zum 1. Juli 1950 sollen 50 Prozent der deutschen und österreichischen Quoten ausschliesslich Personen deutscher Abstammung zur Verfügung stehen, die in Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien geboren sind und zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes in Deutschland oder Österreich wohnen. Ausgenommen sind ehemalige Mitglieder einer den Vereinigten Staaten feindlichen Organisation. Ferner ist die legale Einwanderung der Deutschen nach den Vereinigten Staaten nach den in Friedenszeiten geltenden Bestimmungen wieder hergestellt.

(b/1/167/hs)

Schumacher auf dem Wege der Besserung

sp. Der Gesundheitszustand des 1. Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Dr. Schumacher, bessert sich langsam aber ständig. Die Operationswunde ist gut geheilt. Dr. Schumacher hat noch nicht wieder begonnen, Briefe zu diktieren bzw. publizistisch tätig zu sein. Aber selbst stundenlange politische Gespräche ermüden ihn nicht mehr, wie es noch vor einiger Zeit der Fall war.

(b/1/167/hs)

Verantwortlich : Peter Raunau